



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Presse](#) > **Pressemitteilungen**

Pressemitteilungen

Agrarministerin Michaela Kaniber: „EU-Pflanzenschutz- Verordnung aus gutem Grund gescheitert“ – Ressourcenschutz geht nur zusammen mit Landwirten und Winzern

23. November 2023

(23. November 2023) München – „Die geplante Pflanzenschutz-Verordnung der EU ist gescheitert und das aus gutem Grund. Gut, dass sie vom Tisch ist. Sie wäre eine Katastrophe für die Landwirtschaft und den Weinbau in vielen sensiblen Gebieten gewesen“, so die Bayerische Agrarministerin Michaela Kaniber zur im Europäischen Parlament klar abgelehnten Verordnung. Zwang und Verbote seien der falsche Weg, um das Ziel einer Pflanzenschutzmittel-Reduktion zu erreichen.

50 Prozent weniger chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel bis 2028 – an diesem erklärten Ziel hält die Staatsregierung auch nach der gestrigen Ablehnung des Vorschlags der EU-Pflanzenschutzverordnung (SUR) fest. Ministerin Kaniber: „Unser Weg, nämlich Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht, beispielsweise in der Beratung zu Ackerbaustrategien hat den Vorteil, dass die Erzeugerinnen und Erzeuger mitmachen!“ Den Beweis dafür liefern neue vorläufige Marktdaten. Ministerin Kaniber: „Es werden jetzt schon deutlich weniger Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffe in Bayern eingesetzt als noch vor Jahren.“ Im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2018 sank der Einsatz um 20 Prozent in den bedeutenden Ackerkulturen und sogar um 26 Prozent in den Sonderkulturen Apfel und Wein. Kaniber betonte, dass die SUR letztlich am praxisfremden Weg zum Einsparungsziel gescheitert sei. Der bayerischen Weg zur Pflanzenschutzmittelreduktion bleibt weiter bestehen.

Die von der Europäischen Kommission ursprünglich vorgeschlagene Strategie hätte nicht nur zu weiteren erheblichen bürokratischen Belastungen geführt, so die Ministerin weiter, sondern habe vor allem auf das Verbot jeglichen Pflanzenschutzmitteleinsatzes in sogenannten empfindlichen Gebieten gesetzt. „Wenn das so durchgegangen wäre, dann wären in den Weinbaugebieten Frankens dadurch etwa 3.000 Hektar Anbaufläche weggebrochen. Das ist mehr als die Hälfte des Weinbaus vor Ort. Aber auch der Zuckerrübenanbau im Ochsenfurter Raum wäre erheblich betroffen gewesen“, sagte die Ministerin. Und weiter: „Statt zu verbieten, entwickeln wir seit Jahren in praxisorientierten Forschungsprojekten Lösungen, um Zielkonflikte zwischen der Reduktion einerseits und der Ertragssicherheit, der Qualität und letztlich auch der Lebensmittelsicherheit andererseits, aufzulösen.“

Die Ministerin zeigte sich zuversichtlich, dass auch die EU-Kommission sich künftig gemeinsam mit der Landwirtschaft um praxistaugliche Lösungen bemühen werde: „Ich hoffe sehr, dass das Abstimmungsergebnis zu einem Umdenken in der Kommission führt und die Betroffenen in Zukunft von Anfang an eingebunden werden. Es geht nur mit den Bauern und mit den Winzern und nicht gegen sie. Außerdem gilt es, mit gesundem Menschenverstand und freiwilligen Maßnahmen Verbündete zu gewinnen, um weiter in ausreichender Qualität und Menge wertvolle Lebensmittel erzeugen zu können.“

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

